

Sitzungsprotokoll Gemeinderat vom 26.10.2021

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß bekannt gemacht und geladen wurde; Beschlussfähigkeit ist gegeben. Einwände zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 21.09.2021 wurde dem Gemeinderat mit der letzten Sitzungsladung zugesandt, ebenso das Protokoll vom 28.09.2021. Der Vorsitzende fragt nacheinander, ob Einwendungen zu den Protokollen bestehen. Dies ist nicht der Fall; damit gelten sie als genehmigt.

1. Präsentation der Auswertung der Fragebogenaktion „BürgerFocus Senioren“ durch SB Vorsitzenden Dieter Wagner

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Herrn Dieter Wagner, Vorsitzender des Seniorenbeirats, der über die Ergebnisse der Seniorenbefragung berichtet. Er wird begleitet von seiner Stellvertreterin Frau Ingrid Berlein-Morawe und Frau Doris Paul, Koordinatorin für seniorenpolitische Aufgaben.

Die Mitglieder des GR erhalten zu diesem TOP eine Tischvorlage, Anlage 1 zur Niederschrift.

Wagner bedankt sich beim GR für die Beauftragung der Fragebogenaktion, die er als wichtigen Beitrag für die künftige Ausrichtung der Seniorenpolitik in der Gemeinde bewertet. Mit der Durchführung als wissenschaftliche Arbeit und der Einbeziehung aller Bürger Bergheinfelds ab dem 65. Lebensjahr ist sie von einem repräsentativen Charakter geprägt, weshalb die Ergebnisse als verbindlich zu werten sind. Die Repräsentativität der Umfrage basiert zudem auch auf einer erfreulich hohen Rücklaufquote mit insgesamt 46,2 % (Bergheinfeld 46,8 %, Garstadt 35,5 %). In der Regel sind Rücklaufquoten von durchschnittlich 35 % festzustellen.

Die Tischvorlage enthält alle Fragenbereiche der Aktion, in seinen Ausführungen geht Wagner aber nur auf ausgewählte Bereiche als Quintessenz ein. Die von der LQM Marktforschung GmbH erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurden vom Seniorenbeirat in einem Workshop am 23.10.2021 bearbeitet, woraus eine Priorisierungsliste erarbeitet wurde. Es folgt eine tiefergehende Bearbeitung der einzelnen Felder im Seniorenbeirat, nach Abschluss der Beratung wird sie dem GR vorgelegt.

Im Folgenden geht Wagner auf einzelne Ergebnisse der Befragung ein und hebt besonders markante Feststellungen hervor, wie auch die unterschiedlichen Ergebnisse von Bergheinfeld und Garstadt.

Themenbereich Lebensgefühl und Wohnen:

Auf Grund der Aktualität wurde eine zusätzliche Frage zur Corona-Situation aufgenommen. Das Ergebnis zeigt, dass über 80 % der Senioren das Miteinander zwischen Gemeindeverwaltung und Bürgern bzw. unter den Bürgern im Familien-/Freundes-/Bekanntenkreis in dieser Zeit positiv bewerten.

In diesem Kontext ist die Informationsweitergabe an die Bürger beinhaltet, die durch die zwischenzeitliche kostenlose Verteilung der Berger Nachrichten an alle Haushalte deutlich verbessert worden ist.

Besonders hervorzuheben ist der hohe Wohlfühlfaktor in der näheren Umgebung der Befragten. 55 % der Senioren fühlen sich in der näheren Umgebung sehr wohl, weitere 43 % alles in allem wohl. Das sind die höchsten bisher von LQM gemessenen Werte. Wagner führt dieses Ergebnis auf die Identifikation der Menschen mit dem Ort zurück.

Der hohe Wohlfühlfaktor geht einher mit einem ebenfalls hohen Anteil von Wohnungseigentum mit 81 %. Als problematisch erweist sich jedoch, dass nur etwa 20 % der Häuser bzw. Wohnungen barrierefrei sind.

Themenbereich Soziale Bindung und Kontakte:

Im Bereich der sozialen Einbindung wird deutlich, dass der Anteil der Alleinlebenden im Alter kontinuierlich zunimmt, womit sich die Frage nach der Versorgung stellt. Ein Anteil von knapp 60 % der Älteren lebt mit den Kindern im selben Haus bzw. in unmittelbarer Nähe. In Garstadt stellt sich dieser Wert noch höher dar.

Themenbereich Mobilität:

Wenn es um die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs geht, legen die Bergrheinfelder Senioren viele ihrer Wege noch selbst zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Im Gegensatz dazu sind die Garstadter Senioren überwiegend auf das eigene Auto oder die Hilfe der Kinder angewiesen.

Problematisch erweist sich, dass die Senioren von Garstadt in großen Bereichen von der Versorgung abgeschnitten sind. Die Konsequenzen bleiben in den Blick zu nehmen.

Fahr-/Bringdienste können hier Abhilfe schaffen.

Themenbereich Umgebung und Infrastruktur:

Grundsätzlich zeigt sich, dass eine verlässliche Unterstützung am häufigsten von den Lebenspartnern und den Kindern geleistet wird. Die größte Unterstützung erfolgt beim Einkaufen. Pflegeangebote unterschiedlichster Art (Tages-, Kurzzeit- und ambulante Dauerpflege) stehen deutlich oben auf der Bedarfsliste der Senioren. Auch weitere Dienste, wie Essen auf Rädern, Hilfe bei Behördengängen, kleine handwerkliche Dienstleistungen u.v.m., wobei die Befragten nur im geringen Maß bereit sind, dafür zu zahlen. Tatsache ist jedoch, dass viele Dienstleistungen nicht ehrenamtlich erbracht werden können.

Bezüglich der baulichen Situation im Haus/Wohnung haben bereits mehr als die Hälfte der Senioren aktuell Probleme bzw. erwarten sie künftig, insbesondere mit Treppen und Stufen. Dieser Bereich muss lt. Wagner ebenso verstärkt in den Blick genommen werden.

Themenbereich Gewünschte Verbesserungen, vorstellbare Wohnformen, Um- und Wegzüge, Nutzung von Angeboten, Informationsquellen:

Hier dominiert eindeutig der Bereich Pflege, Betreuung, Wohnen (57,6 %) die Liste der Verbesserungsvorschläge, gefolgt mit einem deutlichen Abstand vom Bereich ÖPNV, Fahr- und Bringdienste (9,1 %). Hier verweist Wagner auf Konsequenzen bei der Ausweisung von Baugebieten.

Deutlich wird, dass die Senioren die Betreuung in den eigenen vier Wänden präferieren, aber sich auch das betreute Wohnen in einem Senioren-/Altenheim und einer Senioren-Wohngemeinschaft vorstellen können. Die Bindung an Bergrheinfeld ist stark ausgeprägt, die Senioren möchten vor Ort bleiben.

Die Angebote für Senioren sind in unterschiedlichem Maße bekannt bzw. werden unterschiedlich genutzt, weshalb eine verstärkte Bewerbung sinnvoll erscheint. Die wichtigste Informationsquelle ist die Tageszeitung, gefolgt von den Berger Nachrichten. Ein Indiz dafür, dass sie insbesondere von der älteren Generation gelesen werden.

Themenbereich Demografie, Ehrenamt:

32 % der Senioren über 65 Jahre engagieren sich ehrenamtlich, 58 % zeigen kein Interesse dafür. Wagner stellt hier die Frage der Identifikation mit der Gemeinde in den Raum.

Anregungen für ein seniorengerechtes Bergrheinfeld:

25,5 % der befragten Teilnehmer haben Anregungen für eine seniorengerechte Gestaltung von Bergrheinfeld mit vielfältigen Vorschlägen gemacht. Diese werden vom Seniorenbeirat ausgewertet. Auch hier steht der Bereich Pflege, Betreuung und Wohnen an erster Stelle.

Seniorenbeiratsvorsitzender Wagner zeigt die unterschiedlichen Handlungsfelder auf, die sich aus der Fragebogenaktion herauskristallisiert haben und vom Seniorenbeirat tiefer beleuchtet wurden. Die Diskussion wird weitergeführt.

Vorsitzender Werner dankt Herrn Wagner für den Einblick in die Ergebnisse der Befragung und stellt fest, dass die vorliegende wissenschaftliche Untersuchung fundiert ist und demzufolge eine breite und gefestigte Aussage zur Situation der Senioren in Bergrheinfeld geben kann. Er dankt allen, die dazu beigetragen haben.

o.w.B

2. Vorstellung eines Quartierskonzeptes der AWO Bezirksverband Unterfranken e.V. für Tagespflege, ambulant betreute Wohngemeinschaften und barrierefreies Wohnen in der Gemeinde Bergrheinfeld; Referentin: Frau Ulrike Hahn, Bereichsleitung Senioren & Rehabilitation AWO Unterfranken

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Frau Ulrike Hahn von der AWO, die anhand einer PPP das Quartierskonzept der AWO vorstellt, Anlage 2 zur Niederschrift.

Frau Hahn stellt zunächst den AWO Bezirksverband Unterfranken vor, der schwerpunktmäßig in drei Bereichen arbeitet; sie zeigt auf, wofür die AWO steht.

Zum Quartierskonzept der AWO gehört es, einen „Kümmerer“ zu bestellen, der insbesondere für eine Vernetzung der Kooperationspartner in der Kommune zuständig ist. In Bergrheinfeld sieht sie diese Funktion schon durch die Koordinatorenstelle erfüllt. Eine Weiterentwicklung des Angebots ist unabdingbar, um das Miteinander zu unterstützen und die Lebensqualität der Senioren zu verbessern.

Sie lobt die Gemeinde Bergrheinfeld, die durch die Umfrage bei den Senioren bereits erste Schritte getan hat, um eine Förderung für eine Quartiersentwicklung zu ermöglichen.

Sie zeigt Beispiele aus anderen Gemeinden auf.

Nach einer Anschubfinanzierung bleibt es Aufgabe der Gemeinde, das Quartiersmanagement weiter zu fördern, um das Thema nachhaltig bearbeiten zu können.

Sie bezieht sich auf das Umfrageergebnis aus der Seniorenbefragung, das insbesondere den Wunsch beinhaltet, so lange wie möglich zu Hause bleiben zu wollen. Dieser Wunsch findet sich in den Visionen eines Quartierskonzeptes des AWO-Bezirksverbandes für Bergrheinfeld wieder, das in Vorgesprächen mit der Gemeinde (Arbeitskreis) erarbeitet wurde. Demnach basiert das vorgestellte Konzept der AWO für Bergrheinfeld auf drei Säulen, es ist dem jeweiligen Bedarf anzupassen:

- Tagespflege für 25 – 30 Gäste
- 1 – 2 Ambulant betreute Wohngemeinschaften für jeweils 12 Bewohner
- ca. 44 barrierefreie Wohnungen mit Servicevertrag oder Serviceleistungen bei Bedarf

Sie erläutert ausführlich die Betreuungsinhalte der aufgezeigten Formen und zeigt einen Plan als Beispiel, wie eine entsprechende Gebäudeanordnung für die drei Betreuungsformen anschauen kann.

Wichtig für die Entscheidung über das Konzept ist eine Aussage der Gemeinde, dass sie das Projekt grundsätzlich verwirklichen möchte. So muss die Gemeinde Kenntnis vom Bedarf haben und demzufolge auch genau wissen, **was** sie konkret umsetzen möchte.

Neben dem wohnlichen Aspekt ist bei der Entscheidung über ein solches Projekt ebenso der soziale Aspekt in den Blick zu nehmen und zu berücksichtigen. Körperliche Gebrechen führen zu Vereinsamung, da die soziale Teilhabe eingeschränkt ist. Hier greift vor allem auch die Tagespflege, die den körperlich eingeschränkten Menschen die Teilnahme am Leben ermöglichen soll (Naturgenuss, Fahrdienst ...).

Hahn gibt anhand von Fotos Einblicke in den Ablauf einer Tagespflege und zeigt eine Beispielsrechnung bei Inanspruchnahme auf.

Als Besonderheit hebt sie die Planung einer ambulanten Wohngemeinschaft hervor, die mit einer 24-Stundenpräsenz mit hauswirtschaftlicher Versorgung einhergeht, eine ambulante Pflege kann miteingekauft werden. Das bedeutet, dass immer jemand vor Ort ist. Der Alltag in der Wohngemeinschaft orientiert sich an der Organisation eines normalen Haushalts, die Bewohner können ihre gewohnte Tagesstruktur beibehalten. Die gleichzeitige Nutzung der Tagespflege ist möglich.

Der Unterschied zu einer vollstationären Betreuung, wie sie ein Altenheim bietet, erweist sich in der weniger stringenten Reglementierung durch Gesetze. Bewohner und evtl. ihre Angehörigen sind freier in den Entscheidungen, wie sie leben möchten, was zu mehr Selbstbestimmung führt. Zur Bewältigung der Organisation ist die Einstellung eines „Moderators“ möglich, evtl. auch als Verein, der vieles abnimmt. Diese Form kann eine Anschubfinanzierung erfahren. Die AWO würde hier einen Anfangsaufwand übernehmen, nach drei Jahren bleibt über die Fortführung zu entscheiden.

Hahn stellt klar, dass diese Betreuungsform nicht günstiger ist als die stationäre Pflege in einem Altenheim. Der Vorteil liegt im Freiraum für individuelle Entscheidungen. Wichtig ist ihr hier die Einbindung von Ehrenamtlichen.

Sie gibt einen Einblick in die Tagesstruktur einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft.

Als großes Problem stellt Frau Hahn den Personalmangel in stationären Betreuungseinrichtungen dar, weshalb Teilbereiche von Altenheimen in Schweinfurt leer stehen. Für sie ist es schwierig geeignetes Personal zu finden.

Abschließend erläutert sie den Inhalt des barrierefreien Wohnens mit Servicevertrag. Die Wohnungen sind ca. 65 qm groß.

Der Vorsitzende dankt Frau Hahn für die ausführliche Information zum vorgestellten Quartierskonzept.

Er erinnert, dass die Vorgespräche zwischenzeitlich seit 2,5 Jahren andauern.

Weitere mögliche Träger wurden in die Gespräche eingebunden. Mit dem Hinweis auf fehlendes Fachpersonal haben jedoch Diakonie und der Caritasverband Absagen erteilt.

In einem kleinen Facharbeitskreis sind die Gespräche mit der AWO weitergeführt worden, wofür der Vorsitzende allen Teilnehmern für ihr Einbringen dankt. Ebenso dankt er der AWO für die Bereitschaft, das Projekt mit anzugehen. Die Gemeinde hat zwischenzeitlich einen Flächenerwerb für den Bau einer Pflegeeinrichtung vorgenommen.

Nachfolgend werden die Fragen aus dem Gremium behandelt.

So stellt Frau Hahn klar, dass bei Verwirklichung des Projektes viel Aufklärungsarbeit von der AWO im Vorfeld zu leisten ist, um umfassend zu informieren und um vor allem die Interessenten von der Seriosität des Angebots zu überzeugen. Sie hat keine Sorge, dass kein Bedarf gegeben ist. Die seit 7-8 Jahren gemachten Erfahrungen der AWO mit eigenen Konzepten befähigen sie, mit den sich ergebenden Umständen klar zu kommen. So wird bspw. bei einer höheren Nachfrage als es das Angebot hergibt, nach Kriterien wie persönliche Situation, Pflegegrad oder wie passen Menschen zusammen, ausgewählt. Sie verweist auf die Möglichkeit, mit der Gemeinde zusammen allgemein gültige Kriterien zur Projektverwirklichung im Detail festzulegen, um auch die Vorstellungen der Gemeinde in die Umsetzung einfließen zu lassen.

Die Frage nach dem Mietpreis kann Frau Hahn nicht ad hoc beantworten, sie verweist auf ein Beispiel.

Auf die Frage, ob Bergrheinfelder Bürger Vorrang bei der Auswahl zur Belegung haben, bezieht sich Frau Hahn auf die Notwendigkeit, den Betrieb wirtschaftlich zu führen. Bei gleichen Voraussetzungen werden Bergrheinfelder Bürger bevorzugt.

Für Frau Hahn stellt sich nicht der Zwang, alle drei Betreuungsformen zu verwirklichen, die Kernkompetenz der AWO liegt im pflegerischen Bereich. In der Kombination mit den weiteren Betreuungsformen sieht sie einen Mehrwert für Bergrheinfeld.

Eine abschnittsweise Umsetzung hängt von der Absprache mit dem Bauträger ab, wobei die AWO Präferenzen in der Zusammenarbeit mit seriösen Bauträgern hat. Sie benennt einige. Hier bleibt mit der Gemeinde zu verhandeln.

Die Frage, bis zu welchem Pflegegrad Menschen in eine Wohngemeinschaft aufgenommen werden können, hängt lt. Frau Hahn davon ab, wie zumutbar und sinnvoll es für die Gemeinschaft und die Angehörigen ist.

Seniorenbeiratsvorsitzender Wagner nimmt Bezug auf die Seniorenbefragung und bewertet die Kenntnis über den tatsächlichen Bedarf in Bergrheinfeld als äußerst wichtig. Es entspricht seinen Vorstellungen, dass es nicht um den reinen Verkauf von Wohnmöglichkeiten geht, als vielmehr um die Bereitstellung einer damit verbundenen guten Betreuung und Versorgung. Darin sieht Wagner das eigentliche Anliegen der Bürger. Nach seinem Dafürhalten stellt das Angebot der AWO eine attraktivere Alternative zu Pflege- oder Altenheim dar. Ziel soll es sein, ein Konzept frei von Spekulationen zu finden. Er wertet die bislang geführten Gespräche mit der AWO als guten Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Auch der Vorsitzende zeigt sich überzeugt von der Ganzheitlichkeit des Konzeptes der AWO, das in Bauabschnitten umgesetzt werden kann. Als ersten Umsetzungsschritt präferiert er die Tagespflegeeinrichtung, hält aber auch die Wohngemeinschaft für neue Generationen und barrierefreie Wohnungen für sehr interessant.

Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ wird angesprochen. Hier verweist Hahn auf mögliche Bauträgermodelle. Die Möglichkeit des sozialen Wohnungsbaus erkennt sie nicht für Bergrheinfeld, soweit die Gemeinde nicht in die Bezuschussung einsteigt. Außerdem gibt sie zu verstehen, dass es im geplanten Projekt um mehr geht als ums Wohnen, da über das Wohnangebot hinaus Servicepauschalen zu zahlen sind. Demzufolge ist das Angebot auch nur interessant für diejenigen, die den Bedarf an Pflege benötigen bzw. erwarten.

Auf die Frage nach Eigentum antwortet Frau Hahn, dass es ab einem bestimmten Alter an Wichtigkeit verliert und ein Mietverhältnis präferiert wird. Grundsätzlich kann jedoch Miete oder Kauf möglich sein.

Nach Aussage des Vorsitzenden sollte die AWO die Hoheit haben, über die Vergabe der Wohnungen zu entscheiden. Die Gemeinde kann Bauland günstig zur Verfügung stellen, mehr nicht.

Die Entscheidung, wer in die Wohnungen einziehen darf, kann durch Festlegung von Kriterien (Alter, Pflegegrad, ...) eingegrenzt werden.

Auf die Frage nach Schaffung von Wohnraum für die Pflegekräfte, um diese leichter rekrutieren zu können, erklärt Frau Hahn, dass aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht günstiger vermietet werden kann, als marktüblich.

Sie bedankt sich abschließend sehr herzlich für die ausführliche Diskussion.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Grundsatzbeschluss zur Weiterverfolgung des Projektes zu treffen.

Dem widerspricht GRin Zahl mit dem Verweis auf die Tagesordnung, die keinen Beschluss vorsieht.

Der Vorsitzende schlägt folgenden Beschluss vor:

Der GR stimmt dem heute vorgestellten Quartierskonzept der AWO Bezirksverband Unterfranken im Grundsatz zu.

Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der AWO, die notwendigen Umsetzungsschritte vorzubereiten und diese Vorschläge dem GR zu weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der GR folgt dem Beschlussvorschlag.

einstimmig

3. Kläranlage:

Ausbaugröße und Bemessungsgrundlage für die Kläranlage und zukünftige Aufteilung der Investitionskosten Bergrheinfeld/Grafenheinfeld: Information durch den Leiter der Kläranlage Daniel Keller und Beschlussfassung

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Herrn Daniel Keller, Leiter der Kläranlage.

Keller beschreibt anhand einer PPP, Anlage 3 zur Niederschrift, den Hintergrund und die Vorgehensweise zur Festlegung der Ausbaugröße und Bemessungsgrundlage der KLA.

Das vorgeschlagene Ergebnis beinhaltet die Auswertung der in 2020 und 2021 durchgeführten Messkampagnen und die daraus resultierenden Einwohnergleichwerte mit Reserven für beide Gemeinden. Die durchgeführten Messreihen waren durch die Fachbüros beider Gemeinden begleitet und lieferten belastbare Werte, die entsprechend dem aktuellen Regelwerk DWA-A 198 hinsichtlich der Ausbaugröße zu beurteilen sind.

Die Festlegung der Ausbaugröße ergibt sich aus dem 85%-Wert der Trockenwetterfrachten (Grundlast 13.000 EW), zuzüglich einer Reserve von 1.200 EW, was zu einer Ausbaugröße von 14.200 EW führt, wie sie vom beratenden Ingenieurbüro H₂Office vorgeschlagen wird.

Neben der Ausbaugröße der KLA ist die Bemessungsgröße festzulegen, die auch Regenwetter berücksichtigt und damit einen höheren Verschmutzungsgrad als bei Trockenwetter. Als Bemessungsgröße schlägt Herr Dipl. Ing. Haider vom Büro H₂Office gemäß der Wertung nach DWA-A 131 eine Bemessung in Höhe von 14.300 EW vor, wobei ein Wert von 15.000 EW einen größeren Puffer einräumen würde.

Herr Keller, Vertreter des WWA Bad Kissingen, war im gemeinsamen Gespräch dabei, er ist mit der Festlegung auf 14.300 EW einverstanden.

Ziel der Festlegung ist es, einen auf die Dauer von 20 Jahren wieder gültigen Wasserrechtsbescheid für die KLA zu bekommen, den das LRA nach Rücksprache und in Abstimmung mit dem WWA erteilt.

Der Vorsitzende informiert, dass die Zahlen gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde Grafenheinfeld und ihrem Beratungsbüro abgestimmt wurden. Sie sind bereits von der Gemeinde Grafenheinfeld beschlossen.

Auf Nachfrage erklärt der Vorsitzende, dass geplante Baugebiete in den Berechnungen enthalten sind. Bei der Ansiedlung von Gewerbe müssen entsprechende Festsetzungen getroffen werden.

Im noch aktuellen Vertrag über den gemeinsamen Betrieb der KLA zwischen Bergrheinfeld und Grafenheinfeld aus dem Jahr 1975 ist noch der bisherige Verteilungsschlüssel von 19/21 für die Investitionskosten vereinbart, der nun entsprechend den o.g. Ergebnissen anzupassen ist. Ebenso auch die Verteilung der laufenden Kosten.

Die Verwaltung schlägt vor, entsprechend der derzeitigen Belastung die Kosten (Investitionen und laufende Betriebskosten) der KLA im Verhältnis 60 % Bergrheinfeld zu 40 % Grafenheinfeld aufzuteilen.

Bezüglich der Abrechnung der laufenden Kosten bleibt das weitere Vorgehen zur regelmäßigen Überprüfung des Verteilungsschlüssels anhand von Messkampagnen zu vereinbaren.

GRin Weippert greift den Vorschlag des Fachbüros H₂Office auf, den Puffer bei der Festlegung der Bemessungsgröße zu berücksichtigen und den Wert auf 15.000 EW festzulegen. Der Vorsitzende verweist auf den Beschluss der Gemeinde Grafenrheinfeld und auf die Zustimmung des WWA zur Bemessungsgröße von 14.300 EW.

Beschlussvorschlag:

In Abstimmung mit dem WWA Bad Kissingen, Herrn Keller, wird aufgrund der Datenlage vorgeschlagen, die Ausbaugröße und zugleich Bemessungsgröße der Kläranlage Bergheinfeld mit 14.300 EW festzulegen. Dieser Wert ergibt sich aus dem 85%-Wert der Trockenwetterfrachten von 11.100 EW zzgl. der prognostizierten zukünftigen Belastungssteigerungen beider Gemeinden in Höhe von 1.200 EW zzgl. der notwendigen Erhöhung zur Berücksichtigung der Frachtspitzen in Höhe von 2.000 EW, welche aufgrund der topographischen Verhältnisse bei Regenwetter auftreten.

Außerdem wird aufgrund der Datenlage vorgeschlagen, die Aufteilung der Investitionskosten und der laufenden Betriebskosten zwischen Bergheinfeld und Grafenrheinfeld zukünftig entsprechend der gemessenen Frachtanteile im Verhältnis 60 % Bergheinfeld und 40 % Grafenrheinfeld vorzunehmen.

Der GR folgt dem Vorschlag zur Festlegung der Ausbaugröße bzw. Bemessungsgröße und zur Verteilung der Kosten zwischen den beteiligten Gemeinden Bergheinfeld und Grafenrheinfeld.

16 : 3

4. Anfragen und Informationen

a) Sanierung Schleifweg:

Der Vorsitzende informiert, dass für den Ausbau des Schleifweges die Aufnahme in ein Förderprogramm mit Aussicht auf einen Fördersatz von 50 % der förderfähigen Investitionskosten möglich ist. Die Voraussetzungen werden derzeit geprüft und mit der Regierung abgestimmt. Die Eigentümer werden über den Verzug informiert.

GR Posselt nimmt Bezug auf die digitale Informationsveranstaltung zum Schleifweg und bemängelt, dass nicht alle Eigentümer informiert waren.

Der Vorsitzende stellt fest, dass nur der 1. Bauabschnitt zwischen Schnackenwerther Straße und der Rothmühlstraße betroffen ist.

2. Bürgermeister Djalek bestätigt, dass die Einladung per Schreiben erfolgt ist und jeder die Möglichkeit hatte, sich zu rühren, so er auf andere Weise als digital informiert werden möchte.

b) Kraftwerksgespräch:

Der Vorsitzende informiert über die Teilnahme am Kraftwerksgespräch am 14.10.2021 im KKW Grafenrheinfeld, zu dem er von Preussen Elektra eingeladen wurde. Das Gespräch findet traditionell einmal im Jahr für alle betroffenen Kommunalpolitiker statt, die über den aktuellen Stand informiert werden. Er stellt das Programm vor. So wurde über den aktuellen Stand zum Rückbau des KKW berichtet und die folgenden geplanten Schritte, nachdem das Werk nun brennstofffrei ist. Fragen bezüglich Betonkontamination, Bauschutt aus Rückbau der Kühltürme und Transport des Bauschutts wurden beantwortet. Bezüglich der Einlagerung von schwachbelastetem Material aus anderen Standorten im BELA besteht derzeit keine Verabredung von Preussen Elektra, d.h. es steht aus anderen Standorten nichts zur Einlagerung in Grafenrheinfeld an.

GR Pfeifroth verweist auf eine Anfrage der Grünen-Kreistagsfraktion vom 19.10.2021 an Preussen Elektra bezüglich der Presseveröffentlichung zur Sprengung der Kühltürme in

naher Zukunft. Beim Vorsitzenden ging heute Morgen kurzfristig ein Schreiben mit fünf Fragen der Gemeinderatsfraktion der Grünen ein. Der Vorsitzende gibt Antworten darauf und bittet alles Unbeantwortete mit dem Betreiber Preussen Elektra abzuklären.

- c) Vor dem Hintergrund der positiven Darstellung des Themas „Klimaschutz“ in der Bürgerversammlung, erkundigt sich GR Pfeifroth, warum das neue Feuerwehrhaus mit einer veralteten Technik, basierend auf Gas, gebaut wird. Er plädiert für eine Wärmepumpentechnik, die auch für größere Hallen geeignet ist. Er hat sich ein Beispiel angeschaut und wünscht, das Konzept dahingehend zu ändern. Zur Stromgewinnung sollte die Photovoltaikanlage optimiert werden. Lt. Auskunft der Planerin wurde der Energieträger Gas aus Platzgründen gewählt, was er nicht nachvollziehen kann.
Der Vorsitzende informiert, dass der Plan bereits am LRA eingereicht ist und bittet die Kostenseite zu beachten. Die Entscheidung sei getroffen, er bittet diese mitzutragen.
- d) GR Geißler erinnert an die derzeitige Auslage der Planunterlagen zur Erweiterung der Deponie. Die Verantwortlichen der Bürgeraktion Müll und Umwelt haben Akteneinsicht genommen und werden eine Stellungnahme dazu einreichen. Konfliktpunkte wie Einleitung in die Wern, Geruchsbelästigung, Dolinengefahr und Beeinträchtigung des Landschaftsbildes werden aufgegriffen. Die Stellungnahme kann bei Interesse als Vorlage von jedem angefordert werden.
- e) Geißler nimmt Bezug auf einen Vortrag am 07.10.2021 des Bund Naturschutz in Schweinfurt zum Thema „Klärschlammbehandlung“. Dort vertrat man den Standpunkt, dass man in der Sache zu schnell vorangeht und mit dem Bau von Anlagen Fakten schafft. Der Gewinnung von Wertstoffen sollte mehr Beachtung geschenkt und neuere Erkenntnisse in Betracht gezogen werden, um in 3-4 Jahren gute Entscheidungen treffen zu können.
- f) GRin Weippert gibt bekannt, dass Mario Kneuer neuer Fraktionssprecher der Freien Wähler ist, Stellvertreter ist Thomas Geißler.

Die weiteren Sitzungspunkte werden unter Aufhebung der Öffentlichkeit behandelt

Werner
1. Bürgermeister

Grob
Schriftführerin